

**Rede anlässlich des Tages der Erinnerung, Mahnung und Begegnung – des Aktionstages gegen Neonazismus, Rassismus und Krieg am 11.09.2011, gehalten von Harald Uske, Vorsitzendes des Stadtverbandes Naumburg der Partei DIE LINKE.**

Verehrte Gäste, liebe Freunde,

traditionell findet am zweiten Wochenende im September in vielen Orten Deutschlands der »Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung – der Aktionstag gegen Neonazismus, Rassismus und Krieg« statt.

Es gelang mit diesem Tag der Erinnerung, den wir in diesem Jahr zum 21. Male begehen, den "Tag der Opfer des Faschismus" nach 1990 weiterzuführen und ihm ein neues Gesicht zu geben.

Wir befinden uns nun bereits im 66. Jahr nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus und es gilt umso mehr das Vermächtnis der Verfolgten des Naziregimes durch uns verantwortungsvoll weiterzuführen und es in die Hände der nächsten Generationen zu legen.

Heute vor 10 Jahren entlud sich aber auch über New York und Washington brutaler Hass und riss 3000 Menschen sinnlos in den Tod – auch eine Folge des Zorns, den die USA, mächtigster Staat der Erde, der wenig zögert, seinen Einfluss und Reichtum auch bewaffnet außerhalb der eigenen Grenzen zu sichern und zu mehren, auf sich zog.

Seitdem ist die Welt eine andere: Kriege gegen Terror und Terror gegen Krieg. Ein Wahnsinn, der endlich aufhören muss!

Die Verantwortung zur tätigen Erinnerung, Mahnung und Begegnung als Grundlage für einen zukünftigen Antifaschismus und für die Schaffung einer friedlichen Welt liegt in den Händen aller heute Lebenden, deren demokratischen Institutionen und Vereinen.

Anknüpfend an die überparteilichen Kundgebungen in den frühen Nachkriegsjahren gestatteten wir uns als Stadtverband der LINKEN deshalb, so wie in den letzten Jahren, auch in diesem Jahr, die Vertreter der Naumburger Ortsvorstände der anderen demokratischen Parteien, ihre Mitglieder und Sympathisanten, den Oberbürgermeister und weitere Verantwortliche der Stadt sowie über die örtliche Presse alle Naumburgerinnen und Naumburger zur feierlichen Kranzniederlegung hier an diesen Ort einzuladen, um uns über alles Trennende hinweg die gemeinsame Verantwortung gegenüber der jungen Generation, der Zukunft unseres Landes vor Augen zu führen und uns ihr bewusst zu stellen.

Ihr Fehlen entschuldigt haben der Oberbürgermeister und der FDP-Vorsitzende. Traurig stimmt uns, das unsere Tamara Misch als wohl letztes anerkannte Opfer des deutschen Faschismus und Mitglied des Vereins der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten wegen eines Krankenhausaufenthaltes nicht teilnehmen kann. Wir wünschen ihr von hier aus gute Genesung. Mit Freude begrüßen wir aber Manfred Konopka, *der 1945 in der Slowakei als 17-jähriger zu einem Erschießungskommando eingeteilt wurde, sich weigerte Frauen und Kinder zu ermorden und dafür selbst zum Tode verurteilt wurde.*

Liebe Anwesende,

ich erinnere hier an die Diskussionen rund um den Tag der Mahnung Anfang der 1990er Jahre. Dort spielte die Auseinandersetzung mit dem Tag der Opfer des Faschismus und damit auch dem Antifaschismus in der DDR eine große Rolle. Die Vorwürfe lauteten: Der Antifaschismus war von oben verordnet und der Tag der Opfer des Faschismus sei zu einem Ritual verkommen.

Ausdrücklich wurde damals aber auch die große Bedeutung des Tages betont und darauf hingewiesen, dass viele Menschen an diesem Tag aus Überzeugung zusammenkamen, so wie wir auch heute noch an diesem Tage zusammenkommen, weil es uns ein menschliches und politisches Bedürfnis ist und kein Ritual! Konsequentermaßen lehnen wir deshalb auch die nach wie vor in den verschiedensten Schattierungen anzutreffende Gleichsetzung vom Nazismus und Sozialismus ab, denn schon die Singularität des Holocausts lässt jede Gleichsetzung zu einer Verharmlosung der Nazi-Verbrechen werden.

Während das Gedenken am Tag der Opfer des Faschismus zwar alle Opfer des Nazismus mit einbezog, besondere Ehrung aber vor allem Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer erfuhren, gedenken wir heute auch den Vertreterinnen und Vertretern der Jüdischen Gemeinde, der Sinti und Roma, der Deserteure, der ‚Euthanasie‘-Opfer und vielen anderen Verfolgten des Naziregimes.

Zum antifaschistischen Gedenken gehörte von Beginn an auch die Auseinandersetzung mit dem offiziellen Gedenken in der alten Bundesrepublik Deutschland: Der problematische Umgang der deutschen Politik mit der Nazi-Vergangenheit, die Kürzungen von Zuschüssen für Gedenkstätten und Vereinen, der Umgang mit der Entschädigung aller Nazi-Opfer, der Kampf um die Aufhebung der Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure, das beinahe unterschiedslose Erinnern an Opfer der Nazis und an deutsche Kriegsoffer, mit der die Mitverantwortung großer Teile der deutschen Bevölkerung für Holocaust und Vernichtungskrieg verschwiegen werden soll. Alles Dinge, die auch heute noch längst nicht überwunden sind.

Traurige Tatsache seit Jahren ist auch, dass Rassismus heute gesellschaftlich akzeptiert, weit verbreitet und ein strukturelles Problem ist. Dies zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt, in der europäischen Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen oder bei Abschiebungen. Rassismus ist nicht mehr als etwas anzusehen, was auftaucht, wenn Neonazis zuschlagen, wofür Politik und Gesetze verantwortlich sind, oder etwas, was bestimmte Menschen betrifft, sondern stattdessen ist Rassismus alltäglich und betrifft uns alle.

Bis Ende 2009 fielen in Deutschland 149 Menschen neonazistisch und rassistisch motivierten Morden zum Opfer. Dadurch, dass Menschen, die hier leben, nicht die gleichen Rechte bekommen und aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden, fühlen sich Nazis in ihrer braunen Ideologie bestätigt.

Weil eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit nicht das Merkmal ist, an dem sich ablehnende Einstellungen und Gewalt festmachen lassen, spielt nicht Ausländerfeindlichkeit, sondern **Rassismus** für die neonazistische Ideologie, aber auch für die deutsche Gesellschaft eine wichtige Rolle: Menschen werden auf Grund äußerer Merkmale oder vermeintlich anderen Kulturen in Gruppen eingeteilt, um ihnen dann bestimmte Eigenschaften zuzuordnen, sie als ‚normal‘ oder ‚fremd‘ einzustufen und letztendlich auf- oder abzuwerten.

Das das nicht nur ein Problem in Deutschland ist, wie das jüngste fürchterliche Ereignis in Norwegen zeigte, kann uns dabei überhaupt nicht trösten, im Gegenteil!

Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg hätte sich keiner vorstellen können, dass sich heute noch immer Neonazis und ewig Gestrige auf die Ideologie des Dritten Reiches berufen dürfen. Offen rassistische und neonazistische Parteien wie die NPD sind wieder wählbar geworden. Bis in die vielbeschworene ‚Mitte der Gesellschaft‘ reicht die Akzeptanz ihrer menschenverachtenden Parolen.

Die scheinbare Legitimität dieser Positionen ist auch Resultat ihrer staatlichen Duldung und Schuld ist auch das oft eingesetzte Mittel der Gleichsetzung von Antifaschismus und Neonazismus, die allzu häufige Nutzung der Bezeichnungen ‚Linksextremismus‘ und ‚Rechtsextremismus‘, mit der beide zu Extremismen verschiedener Ausprägung werden und letztendlich als ein und dasselbe erscheinen: verfassungsfeindlich und gewalttätig.

Die Nazis versuchen die soziale Kälte in der Gesellschaft für ihre Zwecke auszunutzen, beteiligen sich an Demonstrationen gegen Hartz VI, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit mit ihrem sogenannten: „Antikapitalismus von rechts“, bezeichnen sich als „Nationale Sozialisten“ oder als „revolutionär“ und wirken damit attraktiver auf Jugendliche, die mit dem früheren verstaubten Image oft nur wenig anfangen konnten. Das Verbot der NPD ist längst überfällig!

Zu unserer aller Schande, zur Schande der Demokratie in diesem Lande zog sie aber letztes Wochenende nun wieder in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns ein. 40000 Wähler haben sie gewählt. Und es ist falsch zu sagen, sie hätten mit ihrer Wahl nur protestieren wollen oder sind einer vermeintlich biedereren Rhetorik auf den Leim gegangen. Sie tragen die Verantwortung für die Folgen, denn sie haben sich bewusst für eine Partei entschieden, deren Hintergründe in den Medien wie auch in ihrer eigenen Wahlwerbung zur Genüge ausgebreitet worden sind!

Noch gut in Erinnerung haben wir die mit Naziplakaten vollgestopften Naumburger Straßen im letzten Wahlkampf, die jegliche Rechtsvorschriften missachtend, viel zu lange geduldet wurden. Diese eklige rechtspopulistische Plakatschlacht, an Vorurteile der Menschen anknüpfend und gewaltige Mittel verschlingend, fand und findet auch jetzt seine Fortsetzung im Berliner Wahlkampf. Noch einmal: Wer die Nazis wählt, kann sich später nicht herausreden, er wäre Opfer dumpfer Wahlwerbung geworden oder wollte nur ein wenig protestieren. Er trägt die volle Verantwortung für die Folgen, so wie jeder andere Wähler oder Nichtwähler auch!

Liebe Freunde,  
niemand konnte sich damals, erst recht nicht gleich nach dem 2. Weltkrieg und auch nicht 1990, vorstellen, dass der Grundsatz, von Deutschland dürfe nie wieder Krieg ausgehen, aufgehoben werden würde.

Die Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 war für das neue vereinte Deutschland der Tabubruch schlechthin, nicht nur weil dieser Krieg ohne UN-Mandat einen Bruch des Völkerrechts darstellte, sondern weil Deutschland einen Krieg führte nicht trotz, sondern wegen Auschwitz.

*Denn 1999 begründete der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien mit den Worten: „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz.“ Die Nazi-Vergangenheit und die sich daraus ergebende Verantwortung wurden damit von der damaligen Bundesregierung erstmalig für einen Kriegseinsatz der Bundeswehr instrumentalisiert.*

*Besonders die Begründung der rot-grünen Bundesregierung, durch die deutschen Soldaten solle ‚ein neues Auschwitz‘ verhindert werden, stellte einen neuen Schritt im Umgang mit der Nazi-Vergangenheit dar: Die Regierung benutzte erstmals Holocaust und Nazismus, um einen Kriegseinsatz zu rechtfertigen.*

Seitdem ist die Beteiligung Deutschlands an Kriegen an vielen Stellen der Welt, in Afghanistan, Libyen usw. für die Bundesregierung ein legitimes Mittel der Politik. Ein sinnloser Kriegseinsatz der Bundeswehr folgt dem anderen!

Begreifen wir deshalb den Tag der Mahnung nicht nur als einen Aktionstag gegen Rassismus und Neonazismus, sondern auch als einen Aktionstag gegen den Krieg. Krieg ist zutiefst inhuman und verdient unsere volle Ablehnung und Verachtung. Dazu stehen wir heute auch hier.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ich bitte Sie um eine Minute des stillen Gedenkens.

Danke.